

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redigirt von J. B. v. Hoffstetten und J. B. v. Schweizer.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 1/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Politischer Theil.

Deutschland.

* Berlin, 9. Sept. [Die bekannte polizeiliche Ueberwachung] hat sich heute in gewöhnlicher Weise nach 2 Uhr eingestellt.

— [Urtheil gegen die „Berl. Ref.“] Der Redacteur derselben, Herr Dr. Guido Weiß, stand gestern dahier vor Gericht, angeklagt wegen öffentlicher Schmähung einer Auerordnung der Obrigkeit, sodann wegen Majestätsbeleidigung. Die Oeffentlichkeit wurde trotz hiergegen erhobener Rechtsausföhrung ausgeschlossen. Nachdem die Verhandlung vorüber war, trat eine längere Beratung des Gerichtshofes ein, worauf derselbe vor dem wieder zugelassenen Publikum verkündete, daß der Angeklagte der Verletzung des §. 101, in dem ersten Falle, schuldig und deshalb mit 50 Thlr. Geldbuße event. 6 Wochen Gefängnisstrafe zu belegen, dagegen von der Anklage der Majestätsbeleidigung freizusprechen sei.

— [Social-politisches.] Die „Volks-Ztg.“ müht sich heute ab, unter der Ueberschrift „Die gesellschaftliche Lage und die politische Stellung des Arbeiters“ (Artikel Nr. 1) die Arbeiter glauben zu machen, die Politik hänge gar nicht näher mit dem Socialen zusammen. Es scheint, daß die Arbeiter jetzt der liberalen Bourgeoisie zu viel selbstständige Politik machen. Das liebt man bekanntlich nicht, weil die Arbeiter nur die gehorsame Armee der, für sich allein ohnmächtigen, Bourgeoisie machen sollen. In dem Artikel findet sich u. A. folgende Stelle:

Die politische Stellung des Arbeiterstandes in England ist eine viel niedrigere als bei uns. Der Arbeiterstand hat dofelbst gar kein Wahlrecht, da dasselbe an einen ziemlich hohen Steuerlag gebunden und außerdem noch durch veraltete Berechtigungen an die besitzenden Klassen geknüpft ist. Da sollte man denn meinen, daß die dortige Lage des Arbeiterstandes eine gar schreckliche sein müsse; gleichwohl ist es eine unleugbare Thatsache, daß der englische Arbeiterstand besser gestellt ist als sonst in irgend einem europäischen Staate, und er den kräftigsten Widerstand leisten kann gegen etwaige Willkür der Kapitalisten. Der englische Arbeiter kümmert sich als solcher nicht um den Staat, und der Staat kümmert sich ebenso wenig um die Streitigkeiten über Lohn und Arbeitszeit. Der englische Arbeiter erfreut sich einer Lage, deren sich der französische nicht rühmen kann, und er würde sich sehr davor verwahren, wenn man ihm eine Staatsprotection schenken wollte, wie der französische Arbeiter hat. — Hier also liegt wiederum eine unleugbare Thatsache vor, welche aufs schlagendste beweist, wie wenig man die soziale Lage mit der politischen Stellung verwechseln darf.

Diese Stelle empfehlen wir unserm Pöndener Correspondenten zu einiger Beleuchtung.*) Weiter heißt es in dem Artikel:

Ja, man könnte bei einem Vergleich zwischen England

und Frankreich sogar auf den falschen Schluß gerathen, daß es dem Arbeiter dort, wo er gar kein Wahlrecht hat, besser geht, als dort, wo er das höchste Maß der Berechtigung, das gleiche und direkte Wahlrecht, besitzt.

Wer aber hat denn je behauptet, daß das allgemeine Wahlrecht ohne politische Freiheit durchgreifende Bedeutung (selbst nur in rein politischer Beziehung) habe?

— [Zur preussischen Verfassungsfrage], speciell zur Redefreiheit der Abgeordneten, wird aus Breslau, d. 8. d., telegraphisch berichtet: „Auf Requisition des Obertribunals wurde der Redacteur der „Bresl. Ztg.“, Herr Stein, vom Stadtgericht darüber vernommen, ob mehrere Artikel, welche in der „Bresl. Ztg.“ unter der Ueberschrift: „Aus dem Abgeordnetenhaus“ erschienen waren, von dem Appellationsgerichts-Vizepräsidenten von Rirchmann herrührten. Herr Stein antwortete verneinend.“

— [Als Nachtrag zum Kölner Abgeordnetenfest] schweben noch verschiedene Civilproceffe, z. B. über die Frage, wer die Saalmiethen, beziehungsweise die deffallige Entschädigung zu zahlen haben wird u. dgl. Wir glauben jedoch unsere Leser mit diesen politisch ganz gleichgültigen Dingen, welche freilich der liberalen Bourgeoisie bei ihrer kleinlichen Agitationsweise außerordentlichen Spas machen, nicht langweilen zu sollen.

— [Aus den Herzogthümern] wird telegraphirt:

Die „Kieler Zeitung“ veröffentlicht die von der Versammlung holsteinischer Ständemitglieder beschlossene Eingabe an die Bundesversammlung, welche, außer dem bereits Mitgetheilten, folgendes enthält: Die unterzeichneten Mitglieds der holsteinischen Stände erklären, daß sie eine jede Abmachung, welche ohne Mitwirkung der Landesvertreter getroffen sei, als nicht zu Recht bestehend ansehen und nur in dem Erbprinzen von Augustenburg ihren berechtigten Landesherren anerkennen. Die Bewohner der Herzogthümer hätten, soweit dies unter den jetzigen Umständen möglich war, wiederholtlich in unzweideutiger Weise sich dahin ausgesprochen, daß sie bereit seien, an Preußen solche Einräumungen zu machen, welche im Interesse Deutschlands gefordert würden. Daß es ihnen damit voller Ernst sei, würden sie bewiesen haben, wenn sie durch eine aus ihrer Mitte berufene Vertretung sich hätten aussprechen können. Die Eingabe schließt mit den Worten: Wir beantragen, die Bundesversammlung wolle dahin wirken, daß das Recht unseres Landes ohne weiteren Verzug seine Anerkennung finde. —

Wir wiederholen bei dieser Gelegenheit, einmal: daß Preußen wohl in seinem Interesse etwas fordern kann, nicht aber im Interesse Deutschlands etwas zu fordern hat; und ferner: daß nichts bezeichnender für die gränzenlose Trostlosigkeit der politischen Verfassung Deutschlands ist, als daß innerhalb des Rahmens der bestehenden Verhältnisse nur die Wahl zwischen Stärkung des specifischen Preussenthums und elender Erbprinzerie möglich ist.

— [Zum Verhältnis zwischen Oesterreich und Preußen] schreibt die Wiener „Presse“: Unser wohlantherrichteter Pariser Correspondent meldet

uns telegraphisch, man glaube in Pariser diplomatischen Kreisen an eine ernste Annäherung des preussischen und französischen Hofes. Man wird in diesem Glauben auf indirectem Wege bestärkt werden durch den Eifer, mit welchem die Berliner officiellen Organe die Meinung zu bekämpfen suchen, als hätte sich Preußen mit Oesterreich zu tief eingelassen. Bemerkenswerth ist in dieser Beziehung ein Artikel der Correspondenz Zeitschr., in welchem angeführt wird, daß Preußen bei der Gasteiner Convention seine traditionelle „Politik der freien Hand“ gewahrt habe. Wir glauben der Corr. Zeitschr. unbedingt und meinen auch, daß die freie Hand Preußens sich viel eher gegen als für Oesterreich erheben dürfte, sobald Oesterreich in Schleswig-Holstein die Kasernen für Preußen aus dem Feuer geholt haben wird.

— [In Sachen der Cigarren-Arbeiter] machen wir unsere Leser auf die in der Beilage enthaltenen höchst interessanten Actenstücke aufmerksam. Dieselben sind ein schlagender Beweis dafür, wie mächtig sich in der Arbeiterklasse der Drang nach gemeinsamem Handeln geltend macht, und ein glänzendes Zeugniß für die Befähigung, die Bildung und den wissenschaftlichen Fleiß, welche in der Arbeiterklasse zu finden sind.

* Karlsruhe, 8. Sept. [Der Wahlsturz] ist wie jetzt keinem Zweifel mehr unterliegt, im vollständigsten Maße auf Seiten der Liberalen (gegen die Ultramontanen). Der „Schw. Merck.“ schreibt hierüber von hier, 6. Sept.:

Noch halt die Wahlbewegung nach. Lange hat das Land keine so lebendige Theilnehmung gesehen, und selbst einige Ausdrückungen unbedeutender Art fallen nicht in die Waagschale gegenüber dem Umstand, daß die Masse der Bevölkerung ohne Parteiorganisation, einfach durch ihren gesunden Sinn, Herr geworden ist über ein Parteitreiben, dem die ganze Konzeimacht ängstlos zu Gebote stand, und das in Deutschland an gränzenlosen Eifer seines Gleichen sucht. Die Geistlichkeit ging diesmal selbst mit ins Feuer; überall sah man die Herren im Priesterrock die Stimmen abgeben, auch ihre Brigaden ins Treffen führen. An kleinen Orten und Bezirken wurde in dieser Weise vielfach einiger Vortheil errungen; im Großen und Ganzen gar nicht. In Freiburg sogar, am Sitz des Erzbischofs, brachte man nur 5 von 76 Wahlmännern durch, also noch nicht 8 pCt. für den Ultramontanismus.

Ausland.

H. Paris, 7. Sept. [Bevorstehende große Reformen in Algerien. Das Decentralisationsproject und der Graf von Chambrond. Die Prinzen von Orleans in Bern.] Weber der Versuch, den der Kaiser der französischen Colonie in Africa gemacht hat, noch jener, den Abd-el-Kader mit seinem Gefolge uns hier abstratete, haben das Algier'sche Problem seiner Lösung näher gebracht. Man kann hier mit einer kleinen Abänderung den Schiller'schen Spruch aus der Glocke anwenden: „Mit barbarischen Mächten ist kein Bund zu flechten, und das Unglück schreitet schnell.“ Die furchterlichen Waldbrände, welche die Korkholzbeschlüge verwüsten und das Eigenthum der

*) Vergl. auch Vereinstheil unter Braunschweig.

Stimm
Hort
Nex
dem
wegen
schung
Zehr
dieser
ab, w
cani

reich
Minis
Abel
Abel
scheint
Derjel
Schrieb
Die
Leibte
situtio
druck
Bericht
gespann
Bezirks
doch ni
Bezirks
daß die
sollen u
auf die
Landtag
im Lau
fassung
zu wel
rium u
Landtag
gründg
Regieru
diese an
Derr
fassung
Besereid
Leibte
Anbent
die Am
Staats
zweifel
Handels
wieder

Ka
der Ul
den des
ultra
männ
gar an
partei.
Offenbu
genden,
gegeben
rungen
Nachrid
ligung
und 70
Partei
Distrikt
Seite ge

* V
Abend
Diarrig.
glänzend
weil den
landsflut
theilung.
Die Zu
findet an
auch scho
gen den
Gesandte
den Prin
ben Sob
als Lauf
— Der
in schwei
lation, a
liche Ge
zeugt.

benachbarten Colonisten bedrohen, liefern wieder den Beweis, daß eine Colonisation Algeriens unmöglich ist, so lange nicht das barbarische Element vollständig verdrängt ist. Der doppelte Fehler, der bis jetzt gemacht wurde, tritt endlich klar zu Tage. Man glaubte ein kriegerisches Hirtenvolk, welches heute noch ist, was es zur Zeit der uralten ägyptischen Culturepoche war, durch Waffengewalt unterwerfen und der Civilisation zugänglich machen zu können; man war zugleich viel zu streng und viel zu nachsichtig gegen Beduinenstämme, die nur durch unsere großen civilisatorischen Mittel verdrängt, aber so wenig, wie die amerikanischen Indianer, oder noch weniger als diese, zu einem festhaften, arbeitsamen Volke umgewandelt werden. Man wollte durch Militairgewalt philanthropische Zwecke erreichen, die sich als eine Illusion tungeben. Nach der Unterwerfung sind die Sitten der Araber dieselben geblieben. Hätte man dagegen Eisenbahnen gebaut, und die arabische Produktionsweise durch die europäische verdrängt, so wäre die Colonie heute schon eine der mächtigsten der Welt. Man muß in dieser Beziehung die höchst interessanten Mittheilungen lesen, welche Garnier seit einem Monate in der „Opinion Nationale“ veröffentlicht. Diese Enthüllungen, verbunden mit den jetzt in Algier stattfindenden Waldbränden, welche die Illustration zu diesen Enthüllungen liefern, können nicht verfehlen, die Lösung eines Problems herbeizuführen, welches für Frankreich eine Lebensfrage geworden ist. Die Colonisten, welche die algierischen Korkbeschlüge als Staatspächter exploiten, wollen sich jetzt nach Paris begeben, um über die zu ergreifenden Maßregeln gegen den ihnen periodisch zugefügten Schaden, der sie vollständig ruiniert, zu beraten und zu beschließen. Man glaubt, sie wollen auf Aufhebung des Vertrages und auf Entschädigung klagen, da der Staat ihnen nicht den erforderlichen Schutz gegen die böswilligen Verwüstungen der Araber gewährt oder gewähren kann. Vielleicht schließen sich diesen Staatspächtern auch Deputationen der übrigen Colonisten an. In dem Augenblicke, wo eine algierische Finanzcompagnie, die neulich durch den gesetzgebenden Körper sanctionirt worden, ins Leben treten soll, kann die Regierung diesen Vorstellungen ihr Ohr nicht verschließen. Es steht daher eine große Veränderung in den Angelegenheiten der algierischen Colonie bevor, ganz anders durchgreifende Reformen, als diejenigen, von welchen während der kaiserlichen Reise in Algerien die Rede war. — Die durch das „Decentralisations-Project“ der „Publicisten von Nancy“ veranlaßte Polemik zwischen der liberalen „Temps“ und dem radicalen „Avenir“ wird immer heftiger. Die ganze Presse in Frankreich theilt sich dabei. Es hat sich endlich herausgestellt, daß der Graf von Chambord (Henri V.) dieses Project provocirt hat und seiner allerhöchsten Protection würdigt. Ob deshalb die „liberalen“ Herren Bourgeois und deren Ideologen, welche sich dem Projecte angeschlossen haben, von ihrem Irrthum zurückkommen werden, ist noch sehr die Frage. Einestheils passen die reactionären Decentralisations-Principien vollständig zur individualistischen Richtung dieser Herren. Andererseits wird von ihnen die Coalition mit den Legitimisten und Orleansisten als ein geschicktes Parteimanöver angesehen, um der Regierung Opposition in den Wahlen zu machen und den Sturz derselben vorzubereiten. In der That kann diese Coalition weniger den Monarchisten, als den Republikanern zu Gute kommen. Das Beste aber, was durch sie bewirkt wird, ist der durch sie endlich ins Leben gerufene Widerstand gegen individualistische Tendenzen, welche alle social-demokratischen Bestrebungen zu absorbiren drohten. Die französische Demokratie fängt wieder an einzuleben, daß der Staat es ist und nicht die bürgerliche Gesellschaft, auf den sich das Volk zu stützen hat, um seine schließliche Emancipation durchzusetzen. Uebrigens haben mit die liberal-bürgerlichen Oppositionsbestrebungen, welche seit einiger Zeit in Frankreich die Oberhand gewonnen haben, nie große Besorgnisse um den schließlichen Sieg der social-demokratischen Principien eingeflößt. Frankreich ist sowohl in Folge seiner Geschichte, wie durch den natürlichen Charakter seiner Bevölkerung, zum Socialismus prädestinirt, und Sie kennen ja

das Sprüchwort: „Treibt man die Natur zur Thür hinaus, so kommt sie zum Fenster wieder herein.“ Die antisocialistischen und decentralistischen Bestrebungen haben in Frankreich nur ihre Berechtigung als Opposition gegen die bonapartistische Dictatur. Mit dieser fallen auch sie von dem ihnen künstlich errichteten Piedestal herab. — Der Graf von Chambord, der von Lucern aus dem Decentralisations-Projecte seinen Segen giebt, und die Prinzen von Orleans, welche den in Bern tagenden „Internationalen Congreß für sociale Wissenschaften“, mit ihrer durchlauchtigsten Gegenwart beehren, machen sicherlich ihre Rechnung ohne den Wirth. Auch haben die Republikaner bei Ankunft der Prinzen den Congreß und die Schweiz verlassen, obgleich sie sich kurz vorher noch für jenes Project ausgesprochen, das eigentlich die Veranlassung zu der Reize der orleanistischen Prinzen war, welche, gleich dem Grafen von Chambord, in öffentlichen Reden ihre hohe Zustimmung zu dem „Projecte“ gaben.

* **Paris, 7. Sept.** [Tagesbericht.] Die Königin von Spanien wird am 11. d. den Kaiser Napoleon im Consistorial-Palaste zu San Sebastian mit allem Pompe empfangen, den die spanische Hofetiquette vorschreibt. Heute spricht man vom bevorstehenden Abschlusse einer Quadrupel-Allianz zwischen Frankreich, England, Spanien und Italien. Das Gerücht ist nicht neu, aber heute nicht wahrer als vor einem Jahre. Zu einer solchen Allianz — so meint man hier vielfach — fehlt das Object, und den beiden erstgenannten Mächten fehlt es an Lust zu einem solchen Schritte. England fährt im Gegentheile fort, auf das sorgfältigste alles zu vermeiden, was ihm die Hand bieten könnte, und Frankreich wird in der nächsten Zeit alles vermeiden, was in den Augen der nordischen Mächte den Frieden bedrohen könnte. Aber es ist eben so unwahr, daß Rußland und Oesterreich auf dem Sprunze ständen, auf eigene Faust in den Donau-Fürstenthümern interveniren zu wollen. Man wird sich vor einem solchen Schritte sowohl in Wien als in Petersburg hüten. Dagegen scheint es sich aus allen Berichten, die von der letztgenannten Stadt kommen, zu bestätigen, daß die russische Regierung von der Uebereinkunft in Gastein wenig entzückt ist. — Marschall Canrobert, der jetzt das Ober-Commando über die Armee von Paris führt, hat gestern, der großen Hitze wegen, ein Manöver, das in der Ebene von Charenton Statt finden sollte, wieder absagen lassen. — Der neue Finanz-Minister von Mexico, Herr Langlais, befindet sich in Brüssel, um mit König Leopold über die Lage des mexicanischen Kaiserreiches zu conferiren. — Die „Patrie“ meldet nach einem Privatbriefe aus Saigon, daß die Königin von Siam in einem Vertrage die Rechte Frankreichs auf Kambodscha anerkannt habe.

— [Ein Schnitzer.] Die Correspondenz Havas hat wieder einmal einen Geniestreich gemacht. Aus Pontarlier telegraphirt man ihr von der Reize der Kaiserin, daß die Frau des Maire Ihrer Majestät im Namen der Bevölkerung ein Bouquet dorgebracht hätte. Für Bouquet liest nun Herr Havas: banquet, denkt sich aber gleich in seinem officiösen Gemüthe: „Ein Banquet? Das klingt wenig respectirlich, beinahe revolutionär? Banquette giebt man Oppositionären oder abgesetzten Functionären; sagen wir lieber: Diner.“ Und so meldeten alle Zeitungen, daß die Kaiserin in Pontarlier von der Frau des Bürgermeisters zu Tische gebeten gewesen. Am Hofe, wo man, wie an allen jungen Höfen, viel Sinn für Etiquette zeigt, hat man das ungeschickte Quiproquo ernstlich übel genommen, und aus dem Ministerium des Innern hat es eine Nase für Herrn Havas abgesetzt, der, wie es scheint, mit dem besten Willen von der Welt zum Hofmann verdoeben ist.

* **London, 7. Sept.** [Aus Amerika. Puritanisches.] Ueber die viel besprochene und eben so vielfach verschieden beantwortete Frage der Baumwollenvorräthe in den Südstaaten bemerken die New-York Times: „Die seit langer Zeit vergebens erwarteten Zufuhren aus dem Süden kommen endlich in vollem Maße an. Während der letzten sechs Wochen sind mehr als 100,000 Ballen auf den New-Yorker Markt gebracht worden; in der letzten Woche allein 19,904 Ballen. Wie aus den Berichten zu schließen ist, die aus den an der

Küste oder an Flüssen gelegenen Städten und überhaupt aus den Wollculturwährenden Gegenden des Südens eintreffen, wird die Einfuhr sich in den kommenden Herbstmonaten noch bedeutend vermehren.“ — In Schottland ist das Unerhörte geschehen, daß am letzten Sonntag mehrere Vergnügungszüge von Edinburgh nach Glasgow und zurückfuhren. Darüber sind die schottischen Puritaner außer sich, denn bekanntlich feierten in Schottland bisher auch die Eisenbahnen am Sabbath. Das Volk fand an der Neuerung Gefallen und theilte sich in Masse an den Vergnügungsfahrten. Wandernde Prediger aber hatten sich auf den Bahnhöfen eingefunden und riefen den abfahrenden Zügen mit fanatischer Wuth ihren Bannfluch nach. Zum Glück ist kein Unglück geschehen.

Kopenhagen, 8. Sept. [Zur schleswig-holstein'schen Frage.] Im Abendsblatt der „Berlingske Tidende“ wird die Nachricht, Dänemark stehe in Unterhandlung, um Norroschleswig entweder gegen Aufgabe seiner Westindischen Inseln oder gegen Zahlung einer größeren Geldsumme wieder zu erwerben, offiziell dementirt.

Aus der Union. [Die Indianer.] Viele der Indianerstämme haben sich während des Krieges vertheilt lassen, mit der Sache der Confederirten zu halten, andere haben sich der noch schlimmeren Einflüsterung hingegeben, daß unser Krieg die geeignete Zeit für einen räuberischen und mörderischen Ueberfall auf die vorgeschobenen weißen Ansiedlungen im Westen sei. Die Folge war, daß die rothen Kinder des Waldes für ihre da und dort verübten Räubereien und Grausamkeiten noch empfindlicher und grausamer an Leib und Gut geächtigt worden sind. Wenn unser Grenzmitläufer und unsere Grenzbewohner noch eine Weile fortfahren, unter den Indianern in der Weise aufzuräumen, wie es in der letzten Zeit geschehen ist, müßte es mit den armen unwissenden Ureinwohnern bald ganz sein Ende erreicht haben, denn ihre Gesamtzahl innerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten beträgt ohnedies keine 400,000 Köpfe mehr. Unter solchen Umständen und Verhältnissen ist es weise und human von der Regierung, daß sie die Veranlassung zur Abhaltung eines großen Rathes gegeben, um den Indianern noch einmal mit solchen Mahnungen und Vorschlägen sich zu nähern, welche geeignet sind, in Zukunft solchen unmenschlichen Missethaten ein Ziel zu setzen, zu denen theils die Indianer selbst, theils die militärischen und civilistischen Agenten der Regierung Veranlassung gegeben haben, die schließlich aber in eine gänzliche Ausrottung der Ureinwohner in den Vereinigten Staaten resultiren müssen. Der große Rath oder der „Big-Talk“ der Indianer wird am 1. September zu Fort Gibson stattfinden und der bedeutendste sein, der jemals stattgefunden hat, denn man erwartet, daß bei dieser Gelegenheit 75,000 „Warriors“ sich einfänden werden.

Vereins-Beil.

* Braunschweig, 4. Sept. (Allg. deutsch. Arb.-Verein. Neue Ausbreitung desselben.) Es freut uns, mittheilen zu können, daß es dem Präsidenten des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, Herrn B. Becker, gelungen ist, den Verein in einer Gegend Wurzel fassen zu machen, welche bisher unserer Bewegung fern geblieben. Mittwoch, den 6. d., fand zu Braunschweig eine große Versammlung statt, welche damit endete, daß Einzelnungen in die Listen des Allg. deutsch. Arb.-Vereins stattfanden. Wir müssen für diejenigen, welche das Agitationswesen nicht näher kennen, bemerken, daß es ein großer Erfolg ist, wenn von einer Versammlung von 600 Personen etwa 40 endgültig einer neuen Sache gewonnen werden. Wir haben in den meisten Städten, wo wir jetzt nach Tausenden zählen, weit kleiner angefangen.

Wir lassen nunmehr den von dem neuernannten Bevollmächtigten, Herrn B. Bracke zu Braunschweig, eingelaufenen Bericht folgen. Derselbe lautet:

Die Mittwoch Abend im großen Saale des „Odeon“ stattgefundene, von circa 600 Männern besuchte Arbeiter-versammlung wurde von dem hiesigen Bevollmächtigten eröffnet. Es hielt darauf Herr Bernhard Becker, Präsident des Allg. deutsch. Arb.-Vereins, einen zweistündigen Vortrag, dessen Inhalt wir in der Kürze wiedergeben wollen:

Anknüpfend an die von der preussischen Regierung nach Berlin berufene sociale Commission, von der nicht